



Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 28.06.2022

ECKPUNKTE FÜR WIRTSCHAFTSPOLITISCHE MASSNAHMEN IN BERLIN - FÜR MEHR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT, SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE GERECHTIGKEIT

I. Ausgangslage

Die Corona-Krise hat die Schwächen des Wirtschaftssystems verdeutlicht. Doch statt die nötige Transformation anzustoßen und zu unterstützen, haben die getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen häufig den Status Quo vor der Krise zementiert. Aus diesen Erfahrungen gilt es nun Lehren für das wirtschaftspolitische Handeln in der Zukunft zu ziehen. So heißt es im rot-grün-roten Koalitionsvertrag Berlins: „Bei der Ausgestaltung der Konjunkturprogramme berücksichtigen wir soziale und ökologische Zielstellungen“¹.

Für uns Bündnisgrüne ist klar, dass die Krise die Notwendigkeit verdeutlicht hat, wirtschaftspolitische Maßnahmen zukünftig auf Grundlage geschlechtergerechter, sozialer und ökologischer Kriterien zu entscheiden. Dazu sollen die im Folgenden erläuterten Eckpunkte sowohl für künftige Krisen, bspw. im Kontext des Angriffskrieges auf die Ukraine, aber auch für weitere Konjunkturmaßnahmen oder Förderprogramme Anwendung finden.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Geschlechtergerechtigkeit

Erste Analysen zeigen, dass die Pandemie sich negativ auf die Gleichberechtigung der Geschlechter auswirkt. Aus finanzieller Sicht wurden vor allem männerdominierte Branchen gefördert. 73 Prozent des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes 2020 der Bundesregierung erreichte ausschließlich Männer². Nur rund vier Prozent des Geldes entfiel auf Bereiche, in denen mehrheitlich Frauen arbeiten. Gleichzeitig können höhere Investitionen im Care-Bereich zu einem erhöhten Beschäftigungseffekt von Frauen und einem höheren Bruttoinlandsprodukt führen³. Die Hilfsmaßnahmen verstärken somit unbeabsichtigt die bereits vorhandene Geschlechterungleichheit⁴.

1 Koalitionsvertrag 2021-2026, S. 119

2 Wiesner (2020)

3 Klatzer und Rinaldi (2020)

4 Frey (2021b)

Hinzu kommen spezifische berufliche Belastungen für Frauen, da diese besonders häufig in „systemrelevanten“ Berufen arbeiten. In diesen Berufen ist das Infektionsrisiko im Durchschnitt höher als in anderen. Dadurch wurden Frauen besonders gefährdet. Zur beruflichen Dimension kommt die private: Vor allem Frauen leiden unter Mehrfachbelastung infolge unbezahlter Sorgearbeit. Diese war besonders für die hohe Anzahl überwiegend weiblicher Alleinerziehender in Berlin schwierig zu bewältigen.

Frauen litten somit während der Corona-Pandemie besonders unter multiplen Krisenauswirkungen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, Frauen zukünftig bei Konjunktur- und Förderprogrammen besonders in den Fokus zu nehmen, sie zu entlasten und dafür Sorge zu tragen, dass sie entsprechend ihres Bevölkerungsanteils finanziell genauso viel Unterstützung erhalten wie Männer.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen und soziale Gerechtigkeit

In der Krise bestätigen und verstärken sich soziale Unterschiede. Die Entwicklungen zeigen, dass jede wirtschaftspolitische Strategie, um nachhaltig zu sein, eine starke soziale Komponente braucht. Bei allen politischen Entscheidungen geht es darum, den Einfluss auf Menschen und die sozialen Zusammenhänge stärker zu berücksichtigen. Dabei sind Aufstiegschancen und die soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft seit vielen Jahren rückläufig; in der Krise sind gerade sozial benachteiligte Personen und Gruppen in besonderer Weise von Arbeitsplatzverlusten und Einkommensausfällen betroffen.

Die aktuelle Situation mit zunehmender sozialer Ungleichheit und der dramatischen Care-Krise wollen wir nicht hinnehmen. Für uns Bündnisgrüne müssen Konjunkturausgaben und Förderprogramme auch das Ziel haben, die soziale Ungleichheit zu verringern, die Selbstbestimmung und die Rechte von Beschäftigten zu stärken, Armut zu bekämpfen sowie die gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen und Ökologie

Die Wahrscheinlichkeit von Pandemien steigt, je mehr unsere Ökosysteme vernichtet werden. Denn die Klimakrise, die Zerstörung von Habitaten und der Verlust der biologischen Vielfalt spielen ebenso wie Massentierhaltung und der Einsatz von Pestiziden eine zentrale Rolle bei der Übertragung von Infektionskrankheiten von Tieren auf Menschen. Unsere gegenwärtige Art des Wirtschaftens ist nicht nachhaltig und begünstigt die Entwicklung von Krisen. Die Fehlentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte müssen korrigiert, die Wirtschaft resilienter aufgestellt werden. Jede nachhaltige wirtschaftliche Erholung ist deshalb auch mit der Transformation hin zu einem ökologischen und zukunftsgerichten Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen verbunden. Angesichts der weltweiten Krise der Ökosysteme und der Zerstörung von Lebensgrundlagen muss der Staat dahingehend regulierend eingreifen, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen den Wandel zu einem die Umwelt schützenden, das Klima schonenden und die natürlichen Ressourcen sichernden Wirtschaftssystem vorantreiben.

II. Eckpunkte für wirtschaftspolitische Maßnahmen in Berlin: geschlechtergerecht, sozial und ökologisch

Jeder in wirtschaftspolitische Maßnahmen investierte Euro muss auch eine Antwort auf die gesellschaftspolitischen Fragen unserer Zeit sein. Eine Gießkannenpolitik darf es nicht geben. Zukunftsorientiert und

verantwortungsbewusst werden wir die Berliner Wirtschaft konsequent dabei unterstützen, geschlechtergerecht, sozial und ökologisch zu werden. Künftige Maßnahmen – wie Konjunktur-, Investitions- oder Förderprogramme – müssen an entsprechende Kriterien oder Auflagen gebunden werden. Der Weg dahin wurde bereits eingeschlagen. Wir werden uns verstärkt auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Vergabe- und Beihilferegeln diese Kriterien berücksichtigen und fördern und dabei effizient bleiben. In der Krise Verantwortung zu übernehmen, heißt für uns Bündnisgrüne in Berlin auf mehr Geschlechtergerechtigkeit, Ökologie und soziale Gerechtigkeit hinzuwirken. Kriterien für wirtschaftspolitische Maßnahmen fördern Nachhaltigkeit und Innovationsfähigkeit.

In der Förderpolitik sollen Unternehmen, Selbständige und Organisationen, die langfristig nachhaltig arbeiten, einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffen, ohne dabei die natürlichen Ressourcen des Planeten auszubeuten, bevorzugt Fördermittel erhalten. Wir wollen Unternehmen unterstützen, die vor Ort zu gerechten Bedingungen produzieren oder Dienstleistungen erbringen und die Teilhabe, faire Einkommen und selbstbestimmte Erwerbstätigkeit sichern.

III. Wirtschaftspolitische Maßnahmen und durch geschlechtergerechte, soziale und ökologische Kriterien

Die Prämisse für alle vorgeschlagenen Maßnahmen ist, einen Aufschwung der Berliner Wirtschaft und der Geschlechtergerechtigkeit, der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit zu erreichen. Der folgende Kriterienkatalog soll dabei kontextorientiert Anwendung finden – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Gleichzeitig soll die Nachweispflicht unbürokratisch und niedrigschwellig erfolgen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen die Teilnahme an den Programmen ermöglichen.

Kriterien Geschlechtergerechtigkeit

Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen den bestehenden strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entgegenwirken.

- Förderung der besonders durch die Pandemie betroffenen frauendominierten Branchen, wie z.B. Einzelhandel, Gastronomie, Hotelgewerbe, Tourismus, Kulturwirtschaft/Kultur, Sozialwirtschaft, Pflege, Gesundheit.
- Stärkung des Care-Sektors, z.B. durch die Ausgestaltung eines Gutscheinsystems für haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien und pflegende Angehörige.
- Frauen in Digitalberufen fördern, z.B. durch Maßnahmen, die in Digitalberufen aus- und weiterbilden.
- Bei Erfüllung einer Gleichstellungs-Checkliste zu „Auswirkungen auf die Gleichstellung“ (z.B. zur Steigerung des Frauenanteils durch Zielvorhaben, Frauenförderprogramme) sollten Unternehmen zusätzliche Gelder beantragen können.

- Bei wirtschaftspolitischen Programmen zur Förderung der Digitalisierung von Unternehmen soll die geschlechtergerechte Verteilung der digitalen Technikausstattung von Mitarbeitenden (z.B. Dienstlaptop, Diensthandy).

Kriterien Soziales

Alle Maßnahmen müssen immer auch die soziale Frage berücksichtigen. Staatliche Hilfeleistungen sollen zu mehr gesellschaftlicher Gerechtigkeit beitragen. Um die durch Corona verschärften Ungleichheiten abzubauen, ist insbesondere die Sozial- und Solidarökonomie gezielt zu fördern.

- Es gilt für uns der Grundsatz öffentliches Geld für gute Arbeit: sichere Arbeitsplätze ohne gesundheitsschädliche Belastungen, eine tarifliche Bezahlung, und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählen dazu. Förderprogramme müssen die Sicherstellung von Mindeststandards guter Arbeitsbedingungen als Kriterium enthalten.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze bei Unternehmen soll mit dem Ziel eine Ausbildungsgarantie zu schaffen, erhöht werden. Besonders betrifft das energie- und klimarelevante Berufe. Entsprechende Steigerungen der Ausbildungskapazitäten in Mangelberufen sollen bei der Ausgestaltung der Programme besonders berücksichtigt werden.
- Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte soll gestärkt werden und die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gefördert werden. Ein Fokus liegt auf der gezielten Förderung von Betrieben, die Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte ausbilden und beschäftigen.
- Auch die adäquate Förderung und ein entsprechender Anteil an Beschäftigung von Menschen mit Behinderung soll berücksichtigt werden.

Kriterien Ökologie

Umwelt- und Klimaschutz muss radikal gefördert werden. Die Corona-Krise muss zum Wendepunkt in der Klimapolitik werden. Staatliche Unterstützungsprogramme müssen an konkrete Umwelt- und Klimaschutzauflagen gekoppelt und fortlaufend auf ihre Effekte und Zielgenauigkeit überprüft werden.

- Dazu zählt insbesondere die Mobilitätswende mit der gezielten Förderung von Verkehrsvermeidung, -verlagerung und -optimierung hin zu einer dauerhaften und nachhaltigen Emissionsminderung. Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet die Abkehr von Kurzstreckenflügen, eine Stärkung der elektrischen Mobilität auf Schiene und Straße sowie den Umweltverbund aus zu Fuß Gehen, Radfahren, Bahnen und Bussen vorrangig zu unterstützen. Das ist auch sozial, denn es ermöglicht allen, ohne Auto mobil sein zu können.
- Unternehmen müssen von der Nutzung fossiler Energiequellen auf klimaschonende Technologien umsteigen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sollen den Umbau der Energieversorgung hin

zu erneuerbaren Energien und Energieeinsparung fördern. Umwelt- und klimaschädliche Geschäftsmodelle sind anhand eines Negativkatalogs von der Förderung auszuschließen.

- Unternehmen, die ihre Produktion an Nachhaltigkeit und Inklusion (Qualität und Langlebigkeit, lokale Produktion, nachhaltige Ansiedlungspolitik) ausrichten, werden besonders berücksichtigt. Dazu gehört insbesondere die Unterstützung der Transformation hin zu einer geschlossenen Kreislaufwirtschaft.
- Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung sowie eine faire und sozial gerechte Vergabe mit Ausrichtung an den Pariser Klimazielen.
- Die Bewahrung unserer natürlichen Lebensgrundlagen muss im Fokus stehen. Eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft, Naturschutz und Kreislaufwirtschaft bzw. Zero-Waste-Projekte bedürfen verstärkter Unterstützung.

Fazit

Für uns Bündnisgrüne ist klar, dass die Wirtschaft der Zukunft geschlechtergerecht, sozial und ökologisch sein muss, um nachhaltig zu agieren. Der Verschärfung der bestehenden Ungleichheiten durch die Pandemie können wir nicht tatenlos zusehen. Wirtschaftspolitik ist nicht nur ein wichtiger Faktor, um in der Wirtschaft spürbare Krisen abzumildern, sie ist auch ein Hebel zur Erfüllung unserer gesellschaftlichen Ziele. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das Land Berlin ergreift, müssen diese auf geschlechtergerechte, soziale und ökologische Ziele einzahlen. Es ist zu prüfen, wie das bereits bestehende Gender Budgeting auf wirtschaftspolitische Maßnahmen in Berlin ausgeweitet werden kann, um ein Gerechtigkeits-Controlling zu ermöglichen.

Quellen:

Deutscher Frauenrat (2019): <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/09/PP-Digitalisierung-final-web.pdf>.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 17.11.2020: Kein zurück ins „alte Normal“: Corona als Chance für die sozial-ökologische Transformation der Berliner Wirtschaft. file:///C:/Users/hagbah/AppData/Local/Temp/Positionspapier_Corona-als-Chance-fu%CC%88r-die-sozial-o%CC%88kologische-Transformation-der-Berliner-Wirtschaft.pdf.

Frey, Regina (2021): Gender Monitoring der ersten Tranche des Bremen-Fonds.

Frey, Regina (2021b): Analysen von drei Maßnahmen-Paketen des Bundes. In: WSI-Study, <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-008189>.

Klatzer, Elisabeth; Rinaldi, Azzura (2020): “#nextGenerationEU” Leaves Women Behind. https://www.alexandrageese.eu/wp-content/uploads/2020/07/Gender-Impact-Assessment-NextGenerationEU_Klatzer_Rinaldi_2020.pdf.

Koalitionsvertrag 2021-2026: https://gruene.berlin/fileadmin/BE/lv_berlin/LV_Berlin_Dokumente/Wahl_2021/Koalitionsvertrag_2021.pdf.

Wiesner, Claudia (2020): Das Konjunkturpaket der Bundesregierung und seine Auswirkungen auf Frauen und Männer. In: Wirtschaftsdienst 101 (1), S. 21 – 24. DOI: 10.1007/s10273-021-2820-x.

WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2020): Neue Ergebnisse der Böckler-Erwerbspersonenbefragung Corona und Arbeitszeit: Lücke zwischen den Geschlechtern bleibt – Frauen erhalten seltener Aufstockung bei Kurzarbeit, https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2020_12_29.pdf.

WZB (2021) (Hrsg.): Die Auswirkungen von COVID-19 auf die wirtschaftliche und soziale Situation von Frauen in Berlin. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/i21-504.pdf>.